



## Regierungsratsbeschluss vom 20. Dezember 2016

Verordnung über die Meldung von gefährdenden Personen im Rahmen eines Pilotversuchs («Erweiterte Gefährderansprache»); )

---

P151187

1. Der Regierungsrat genehmigt die Verlängerung der Verordnung über die Meldung von gefährdenden Personen im Rahmen eines Pilotversuchs («Erweiterte Gefährderansprache») um zwei Jahre.
2. Die Verlängerung wird per 1. Januar 2017 wirksam.

### Begründung

Mit dem Pilotprojekt «Erweiterte Gefährderansprache» werden seit dem 1. Januar 2016 neben weggewiesenen Personen auch Gefährdende, die im Rahmen einer Polizeiintervention wegen Häuslicher Gewalt auffällig geworden sind, durch die Bewährungshilfe angesprochen und zu einer freiwilligen Gewaltberatung eingeladen. Aufgrund der vielversprechenden Ergebnisse des Pilotprojekts beabsichtigt der Regierungsrat, die entsprechenden Normierungen auf Verordnungstufe in das Polizeigesetz zu überführen. Um einen nahtlosen Übergang von der Pilotphase in das Regelangebot sicherzustellen, hat der Regierungsrat die Geltungsdauer der Ende des Jahres auslaufenden Verordnung um zwei Jahre verlängert.

